

duktion in Industrie und Landwirtschaft zu beherrschen. Folglich ist der schnelle Aufbau der sozialistischen Schule historisch notwendig.

Zu den Bedenken der Genossen, nicht alle Schüler seien zur Zeit genügend für die 9. und 10. Klasse vorbereitet, ist noch zu sagen, daß sie hier einen prinzipiellen Fehler begehen. Die sozialistische Schule kann nicht von dem sogenannten bürgerlichen „Ausleseprinzip“ ausgehen, sondern es kommt darauf an, alle Erziehungsfaktoren einheitlich auf das Ziel zu richten, wirklich alle Kinder bis zum Abschluß der 10. Klasse zu führen. Alle Möglichkeiten, die der sozialistischen Schule innewohnen, gilt es hierfür nutzbar zu machen.

Erst wenn jeder Lehrer diesen Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik vollkommen erkennt, wird er so arbeiten, daß alle Kinder bis zum Ziel der 10. Klasse geführt werden.

Ein anderes Problem, über das noch diskutiert wurde, ist das des sogenannten „Leitungskollektivs“. Auch an der Fritz-Reuter-Schule I wurde durch dieses Gremium das Prinzip des demokratischen Zentralismus verletzt. In der Schulordnung heißt es: „Der Direktor oder Schulleiter hat die Schule nach dem Prinzip der Einzelleitung auf der Grundlage kollektiver Beratungen zu leiten. Er stützt sich auf den Pädagogischen Rat, den Elternbeirat, den Polytechnischen Beirat des Betriebes, die Schulgewerkschaftsgruppe und die Leitungen der Freien Deutschen Jugend und der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“.

Da durch das Leitungskollektiv, einen „Dreier-Kopf“, bisher in wesentlichen alle maßgebenden Entscheidungen für die Schule getroffen worden waren, war die schöpferische Mitarbeit aller an der schulischen Arbeit Beteiligten gehemmt. Die Genossen erkannten die Notwendigkeit, sofort so zu handeln, wie dies die neue Schulordnung festgelegt hat. Das neue Verhältnis des Klassenleiters zu den Fachlehrern, die schöpferische Mitarbeit der Schüler und der Kampf um ein höheres Unterrichtsniveau — all diese Fragen, die die Schulordnung aufwirft

und die einer politisch-ideologischen Klärung bedürfen, wenn sie von allen Lehrern, Schülern, Eltern und den Werk-tätigen verstanden und in die Tat umgesetzt werden sollen, wurden erörtert. Schließlich beauftragte die Mitglieder-versammlung die Parteileitung, Vorschläge auszuarbeiten, wie die wesentlichen Bestimmungen der Schulordnung an der Schule durchgesetzt werden können.

Die Rolle des Klassenleiters und die Aktivität der Schüler

Die Parteileitung beriet in einer Sitzung, zu der die Genossen Klassenleiter, der Direktor und sein Stellvertreter sowie die Freundschaftspionierleiterin, die Leiterin des Hortes und Genossen des Elternbeirates und des Patenbetriebes geladen waren, vor allem die Rolle des Klassenleiters und die Entwicklung der Aktivität und Selbsttätigkeit der Schüler.

Die hohe Verantwortung des Klassenleiters, die darin liegt, die Einheitlichkeit des pädagogischen Handelns aller Erzieher für eine Klasse zu sichern und Weisungen zu erlassen, damit das Klassenziel erreicht wird, wurde nicht gleich richtig erkannt. Genossen äußerten zum Beispiel Zweifel, ob *es richtig sei, wenn ein junger Lehrer die Unterrichts Vorbereitungen und den Unterricht eines älteren, erfahrenen Kollegen kontrolliert und entsprechende Forderungen an ihn richtet. Diese Auffassung widerspiegelt Tendenzen der Gleichmacherei (sie treten an fast allen Schulen in verschiedenen Formen, auf). Sie müssen durch eine geduldige Überzeugungsarbeit bei der Durchsetzung der neuen Schulordnung überwunden werden. Denn die neue Schulordnung legt fest, daß der Klassenleiter für die gesamte Erziehungs- und Bildungsarbeit in seiner Klasse, für die Erreichung der Lehrplanziele in allen Fächern durch alle Kinder verantwortlich ist. Alle Lehrer ordnen sich in gewissem Sinne dem Klassenleiter unter, der seinerseits wiederum in Klassen, in denen er als Fachlehrer tätig ist, die Forderungen anderer Klassenleiter erfüllt. Dieses System der gegenseitigen Über- und Unterordnung kann nicht administrativ eingeführt werden. Um hierbei allen Leh-